



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

aktuell

23. November 2015

Pressemitteilung

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. neues Mitglied im „Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit“

Gesundheitsförderung und Prävention für *alle* Menschen gleichermaßen in Deutschland stärken

Berlin – „Gesundheitspolitik spielt für den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. eine wichtige Rolle. Mit dem Beitritt in den „Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit“ verfolgt der Deutsche Verein das Ziel, Kräfte zu bündeln, partnerschaftliche Kooperationen und gezielte Zusammenarbeit weiterzuentwickeln, die auf eine Verbesserung der Lebensqualität *aller* Menschen zielen und zur Neuausrichtung der Gesundheitspolitik beitragen“, kommentiert Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., den Beitritt des Deutschen Vereins zum Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit.

Der Deutsche Verein wird morgen auf dem 13. Jahrestreffen dem „Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit“ in Berlin offiziell beitreten. Bei dem Jahrestreffen stellen sich die drei neuen Mitgliedsorganisationen, das Umweltbundesamt (UBA), die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit (DVSG) sowie der Deutsche Verein vor. Damit wächst der Kooperationsverbund auf 65 Mitglieder.

Ziel des Kooperationsverbundes ist es, die gesundheitliche Kluft zwischen besser und schlechter gestellten sozialen Schichten zu vermindern. Gesundheitliche Chancengleichheit steht hierbei für gleiche Möglichkeiten, gesund zu sein und gesund zu bleiben. Und dies unabhängig von der sozialen Lage, Nationalität, ethnischer Herkunft, Bildung, Alter und

Pressekontakt: Beate Maria Hagen,
Leitung Vereins- und Mitgliederwesen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Michaelkirchstraße 17/18 ● 10179 Berlin ● Telefon 030 62980-614 ● Telefax 030 62980-150
presse@deutscher-verein.de ● www.deutscher-verein.de

Geschlecht des Einzelnen. 2003 wurde der bundesweite Kooperationsverbund von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gegründet.

Auch das Präventionsgesetz eröffnet dafür neue Wege, die auf eine Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung zielen. Prävention und Gesundheitsförderung jedes Einzelnen kann einen entscheidenden Beitrag zur Vermeidung von Krankheiten und Pflegebedürftigkeit leisten. „Prävention muss zukünftig als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden, die eine Vielzahl von Ebenen und Institutionen betrifft und auch die Menschen einschließt, die keine institutionelle Anbindung haben“, so Löher. Das Präventionsgesetz zielt auf Leistungen der Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten, wie z.B. Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Einrichtungen älterer sowie pflegebedürftiger Menschen. Auch die betriebliche Gesundheitsvorsorge wird berücksichtigt.

Der Deutsche Verein hat bereits in seiner Stellungnahme zum Referentenentwurf des Präventionsgesetzes darauf hingewiesen, dass Menschen mit Behinderung, (Langzeit-) und Erwerbslose und Wohnungslose sowie psychisch kranke Menschen verstärkt Präventionsangebote benötigen und im Präventionsgesetz berücksichtigt werden müssen. Hinzu kommt, dass aus aktuellem Anlass die genannten Zielgruppen um die Gruppe Flüchtlinge ergänzt werden müssen, um die dringend benötigten gesundheitsfördernden und präventiven Angebote für Flüchtlinge bereit stellen zu können.

Die Stellungnahme ist abrufbar unter:

<https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/empfehlungen-stellungnahmen/2015/dv-07-15-gesundheitsfoerderung.pdf>

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und von den Vertretern der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme, der Pflege und Rehabilitation. Der Deutsche Verein wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.